

Klimawandel – Wer sind die Hauptbetroffenen?

(Vortrag anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Stiftung Zukunftsfähigkeit¹, Bonn, 23.11.07)

URL: www.uni-bonn.de/~uholtz/virt_apparat/klima.pdf

Lieber Herr Milke, lieber Gunther Hilliges – herzlichen Glückwunsch zum zehnjährigen Geburtstag der Stiftung Zukunftsfähigkeit!

Liebe Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe „Germanwatchers“!

Der französische Aufklärungsphilosoph Voltaire nannte unseren Planeten einmal „Dreckspritzerchen Erde“ (*ce bout de terre*). Der Klimawandel gefährdet die nachhaltige, menschenwürdige Entwicklung auf dem „Dreckspritzerchen Erde“, und zwar die nachhaltige Entwicklung in ihrer wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und der oft vergessenen politischen Dimension.² Der Klimawandel untergräbt die Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele.

Opfer des Klimawandels ist der Mensch. Für einen großen Teil der in Afrika, Asien und Ozeanien, Lateinamerika und der Karibik lebenden Menschen bedeuten die Klimawandel-Projektionen weniger sichere Lebensverhältnisse, eine größere Verwundbarkeit für Hunger und Armut sowie sich verschärfende soziale Ungleichheiten.³

Der Klimawandel schafft neue Verliererregionen und Verlierergesellschaften. Einzigartige Bio-Systeme und Tierarten sind bedroht und werden aussterben.

¹ Leicht geänderte Fassung. Aus Anlass des 10jährigen Jubiläums wurde von Germanwatch und der Stadt Bonn eine entwicklungs- und klimapolitische Fachtagung „Noch zehn Tage bis zum Klimagipfel in Bali“ am 23./24. November 2007 im Alten Rathaus der UN-Stadt Bonn durchgeführt. (s. auch www.stiftungzukunft.de/download/Stiftung-Fachtagung-2007-web.pdf)

² Jede Entwicklung muss zudem kulturbewusst sein; denn jede Art von Entwicklung hat kulturelle Gegebenheiten zu beachten, Raum für kulturelle Entfaltung zu geben und sich offen für den kulturellen Wandel zu zeigen. Die kulturelle Dimension ist implizit in der sozialen und auch der politischen Dimension (z.B. in den verschiedenen Arten der Menschenrechte) enthalten. In den Partnerländern wird stärker als früher die Bedeutung von Kultur für die Entwicklung erkannt. So will das EU-AKP-Abkommen von Cotonou (2000) die Ziele der Partnerschaft nach einem integrierten Konzept angehen, „das den politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und Umweltaspekten der Entwicklung gleichermaßen Rechnung trägt“ (Art. 1).

³ Wie bspw. der UNDP-Bericht über die menschliche Entwicklung 2006 diagnostizierte. In den reicheren Ländern werden besonders die sozial Schwächeren vom Klimawandel betroffen sein.

Wenn auch die Schwellenländer – oder in der Sprache des BMZ die „Ankerländer“, wie China und Brasilien – von Klimawandel und Umweltverschmutzung betroffen sind, so sind jedoch die Menschen in Afrika die von den gefährlichen Folgen des Klimawandels Hauptbetroffenen, wie auch der jüngste Bericht des Weltklimarates (IPCC⁴) belegt. Afrika ist aufgrund von Mehrfachbelastungen und niedriger Anpassungskapazität der verwundbarste Kontinent.

Die Kernbefunde des IPCC zu dem Klimawandel und seinen Auswirkungen auf Afrika lauten:

- 2020 werden 75 bis 250 Mio. Menschen unter zunehmender Wasserknappheit leiden; 2050 sollen es 350 bis 600 Mio. sein.
- Die landwirtschaftlichen Erträge werden in einigen Ländern bis zu 50% bis 2020 und bis zu 90% bis 2100 sinken. Das Menschenrecht auf Nahrung wird massenhaft verletzt werden.
- Die Kosten für Maßnahmen zur Anpassung an den Meeresspiegelanstieg im Küstenbereich belaufen sich auf 5 bis 10% des BIP.
- Bis 2050 wird die Kombination von Meeresspiegelanstieg, Bodenerosion und landwirtschaftlichen Schäden 150 Mio. Menschen zu Umweltflüchtlingen machen.

Der Klimawandel wird in wachsendem Maße auch Gesellschaften destabilisieren. Dies wird besonders evident, wenn man sich das Gutachten „Sicherheitsrisiko Klimawandel“⁵ des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) vom vergangenen Jahr anschaut.

Im Fall eines Scheiterns des Klimaschutzes erwartet der WBGU vor dem Hintergrund des bisherigen Wissens über die Wirkungen des Klimawandels die folgenden sechs politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gefährdungen, wobei wiederum Afrika am meisten betroffen sein wird:

1. Eine Zunahme der Zahl schwacher und fragiler Staaten als Folge des Klimawandels.
2. Risiken für die weltwirtschaftliche Entwicklung.
3. Risiken wachsender Verteilungskonflikte zwischen Hauptverursachern und Hauptbetroffenen.

⁴ Intergovernmental Panel on Climate Change - Zwischenstaatliche Sachverständigengruppe für Klimawandel. Beim Treffen des „Weltklimarats“ in Valencia wurde am 17. November 2007 auch eine Zusammenfassung der bisher erschienenen Studien zu den Auswirkungen der Erderwärmung vorgestellt – der sog. Synthese-Bericht für die Entscheidungsträger, s. www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar4/syr/ar4_syr_spm.pdf

⁵ S. http://www.wbgu.de/wbgu_jg2007_kurz.html

4. Die Gefährdung der Menschenrechte und der Legitimation der Industrieländer als Global-Governance-Akteure.
5. Induzierung und Verstärkung von Migration.
6. Die Destabilisierung ganzer Subregionen, die die konventionelle Sicherheitspolitik überfordern.

Die Hauptbetroffenen sind also die Ärmsten und als Region vor allem Afrika, und zwar was die Folgen der Klimaveränderungen und ihre destabilisierenden Wirkungen angeht. Davon sind auch betroffen – zumindest indirekt – die reicheren Regionen in der Welt.

Insofern werden Klimapolitik und Anpassungspolitik in Entwicklungsländern „zu einem wesentlichen Element präventiver Sicherheitspolitik. Daher haben Deutschland und Europa ein vitales Eigeninteresse daran, den Klimawandel präventiv zu begrenzen und den Menschen in Entwicklungsländern zu helfen, die Folgen des Klimawandels zu bewältigen.“⁶

Das gilt ebenfalls für einen Hauptbetroffenen des Klimawandels, der selten auf dem politischen Wahrnehmungsschirm erscheint: Ich meine den Mutterboden (*the topsoil*).

Worum geht es? Viele von uns sehen die Bedeutung des Schutzes der Ozonschicht und der Artenvielfalt für unser Überleben. Auch in dem hervorragenden Positionspapier von Germanwatch zum Klimagipfel in Bali ist davon die Rede.⁷ Leider ist die Erkenntnis, dass die „Haut“ der Erde, der Mutterboden, von mindestens genauso großer Bedeutung ist, noch nicht so weit verbreitet. Diese Haut ist von „Krebs“ befallen, der die Überlebensfähigkeit des Planeten Erde bedroht. Ursache für den Krebs sind die Klimaveränderungen und menschliche Aktivitäten. Meine Lernkurve schnellte nach oben, als mich Kofi Annan 2001 in den UNO-Panel Armutsbekämpfung und Umweltschutz im Zusammenhang mit der Wüstenbildung brief.

⁶ So der vom Deutschen Bundestag am 16.11.07 angenommene Antrag der beiden Regierungsfractionen „Klimawandel global und effizient eindämmen – Klimaschutz und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern entschieden voranbringen – Drucksache 16/5740 (s. auch <http://dip.bundestag.de/btd/16/057/1605740.pdf>). Die entsprechende Beschlussempfehlung wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

⁷ Christoph Bals: Klimakipfel in Bali – Startpunkt für entschiedene Schritte zu einem emissionsarmen Wohlstandsmodell?, Bonn, November 2007 (auch www.germanwatch.org/klima/bali07.htm)

Weltweit wird es immer mehr Hitzeperioden, Dürren, Wüstenbildung und Überschwemmungen geben.⁸ Sie tragen dazu bei, Nahrungsmittel- und Wasserprobleme, wirtschaftliche Schwierigkeiten, Konflikte und politische Instabilitäten zu verschärfen und die Abwanderung aus den ländlichen Gebieten in die städtischen Ballungsräume der Entwicklungsländer zu verstärken.

Bodenerosion und Wüstenbildung sind m. E. wie ein stiller Tsunami - eine langsam sich entrollende Katastrophe.⁹

Schon vor 20 Jahren hatte die Brundtland-Kommission in ihrem Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ die Abnahme des Mutterbodens beklagt. Die UN-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD) mit ihrem Sekretariat in der UNO-Stadt Bonn ist das wichtigste, 1996 in Kraft getretene internationale Instrument, das dazu beitragen will, dem Verlust an fruchtbarem Mutterboden und der Entstehung von Wüsten entgegenzuwirken; sie ist unverzichtbarer Bestandteil einer der Nachhaltigkeit verpflichteten Entwicklung und verdient eine noch größere Unterstützung – auch durch Deutschland.

Als Verfasser einer Reihe von Studien¹⁰ und als Moderator („*facilitator*“) von internationalen Parlamentarier-Konferenzen unter dem Dach der Inter-Parlamentarischen Union und auf Einladung des UNCCD-Sekretariats habe ich in den letzten Jahren versucht, Abgeordnete zu einem stärkeren Engagement in ihren Parlamenten zu ermutigen – zuletzt noch im September 2007 in Madrid, wo 60 Abgeordnete aus 40 Ländern und dem Europäischen Parlament zusammen kamen, um über die Folgen der Bodenerosion, des Verlustes an Mutterboden und der Verwüstung zu debattieren.

Die in Madrid versammelten Abgeordneten – darunter auch ein Bundestagsabgeordneter – haben sich verpflichtet, sich aktiver als bisher für die Umsetzung der entsprechenden UN-Konvention einzusetzen und in ihren Parlamenten den politischen Willen dafür zu mobilisieren.

⁸ Vgl. Weltklimarat: „Es ist wahrscheinlich, dass sich von Dürre betroffene Gebiete flächenmäßig ausdehnen.“ [Globally, the area affected by drought has *likely* increased since the 1970s. In Southern Europe, climate change is projected to worsen conditions (high temperatures and drought > U.H. increased erosion) in a region already vulnerable to climate variability, and to reduce water availability, hydropower potential, summer tourism and, in general, crop productivity.]

⁹ Vgl. U. Holtz: Soil Erosion – A Silent Tsunami, in: Kommunikation Global / Global Perspectives Oktober 2007, p. 28-29. (www.global-perspectives.info/download/2007/pdf/ausgabe_10_07.pdf)

¹⁰ S. z.B. U. Holtz: Implementing the United Nations Convention to Combat Desertification from a parliamentary point of view - Critical assessment and challenges ahead, Bonn 2007, in: www.unccd.int/parliament/docs/parliamentariansforum.pdf und www.unccd.int/cop/cop8/docs/parl-disc.pdf

Womit sollten die Hauptbetroffenen rechnen können?

Mit mehr Solidarität.

Eine paradoxe Tragik kennzeichnet die Situation: Für den Klimawandel sind die Industrieländer die Hauptverursacher – die Hauptbetroffenen sind jedoch die Entwicklungsländer, und zwar die ärmsten unter ihnen. Sie verfügen über die wenigsten Ressourcen, um die negativen Folgen des Klimawandels abmildern zu können.

Zu Recht wird – auch von Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul – ein doppelgleisiger Ansatz in den Industrie- und Entwicklungsländern gefordert:¹¹ Zum einen die Bekämpfung der Ursachen des Klimawandels, zum anderen die Anpassung an die bereits jetzt spürbaren Folgen. Beides muss Hand in Hand gehen und sich sinnvoll ergänzen. Verbindliche Schritte für den Klimaschutz sind dringend nötig – von der lokalen bis zur internationalen Ebene.

Für Klimawandel-Anpassungs- und Vermeidungsmaßnahmen in den Entwicklungsländern müssen mehr Mittel bereitgestellt werden.

Ein erfolgreicher Klimaschutz erfordert eine globale Energiewende in Richtung auf erneuerbare Energien und eine höhere Energieeffizienz. Damit kann sehr wohl ein neues, positives Lebensgefühl einhergehen. Ja, es ist z.B. cool, Strom aus regenerativen Energiequellen zu beziehen. Ich hoffe im Übrigen, dass es zu einer Globalen Agentur für erneuerbare Energien in Bonn kommen wird.

Alle bilateralen und multilateralen Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit und alle Auslandsinvestitionen – zumindest die staatlich abgesicherten – sind einem Klimaverträglichkeits-TÜV zu unterwerfen.

Die Entwicklungsländer selbst müssen ihre Anstrengungen verstärken. Die Armut ist der größte Feind der Umwelt. Dennoch wäre es falsch, nach dem Motto zu handeln, dem einige Schwellenländer zu erliegen scheinen: „Erst verschmutzen, dann sauber putzen.“ (*pollution first, solution afterwards*)

¹¹ Vgl. Heidemarie Wieczorek-Zeul: Klimawandel – Zeit für eine Revolution, in: E+Z 48 (3/2007), S. 100-102.

Viele Maßnahmen zur Abmilderung negativer Klimaveränderungen, die auch der Weltklimarat vorschlägt, sind technischer Art: hier eine Reduzierung um so und soviel Prozent bei den Emissionen (das ist alles sehr wichtig), dort ein neuer Fonds. Politische Ratschläge – im engeren Sinne – sind Mangelware. Im Synthese-Bericht für die politischen Entscheidungsträger findet sich bspw. nichts darüber, dass schlechtes Regierungs- und Verwaltungshandeln, Korruption und ein sich oft an neo-liberalen Rezepten orientierender, ungezügelter Kapitalismus den Kampf gegen die negativen Folgen des Klimawandels unterminieren.¹²

Deutschland und die EU tragen mit ihren verschiedenen Akteuren – von den Regierungen und Parlamenten über zivilgesellschaftliche Organisationen bis zur Privatwirtschaft – eine besondere Verantwortung dafür, dass die wirtschaftliche Globalisierung humaner, fairer und demokratischer gestaltet werden kann und dass sich als ordnungspolitischer Rahmen eine internationale soziale und ökologische Marktwirtschaft Zug um Zug durchsetzt.

Es geht darum, das Überleben der Menschheit auf unserem Dreckspritzerchen Erde für die uns und die kommenden Generationen zu sichern.

¹² Aber immerhin wird festgestellt: *“There is also high agreement and medium evidence that changes in lifestyle, behaviour patterns and management practices can contribute to climate change mitigation across all sectors.”* Der Hinweis auf Lebensstil-Änderungen geht auf die Lobbyarbeit von Germanwatch zurück; dabei wird von unterschiedlichen Lebensstilen ausgegangen, denen wiederum verschiedene Klimapfade zugrunde liegen (können).